

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Hauptausschuss

32. Sitzung  
1. März 2023

Beginn: 12.01 Uhr  
Schluss: 12.26 Uhr  
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
  - Überweisungen an die Unterausschüsse,
  - Konsensliste,
  - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,  
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

**Vorsitzende Franziska Becker** teilt mit, der Ältestenrat habe in seiner Sitzung am 25. Januar 2023 dem Hauptausschuss die Möglichkeit eingeräumt, nach der Wiederholungswahl und vor dem ersten Zusammentreten des neuen Parlament für Sitzungen mit dringlichen Vorlagen zusammenzutreten.

Sie weise darauf hin, dass in Kürze eine Tischvorlage mit einem Maßgabebeschluss zu Tagesordnungspunkt 3 – Stichwort: Spreepark – verteilt werde.

Der **Ausschuss** stimmt den Ergänzungen und Änderungen der Tagesordnung aus der Mitteilung zur Einladung zu und setzt die Tagesordnung entsprechend fest.

## Bezirke

### Punkt 1 der Tagesordnung

Schreiben BA Pankow – FM Hoch 2205 – vom  
20.02.2023

[0872](#)  
Haupt

**Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden  
Stadt (SIWA)**

**Titel 84033 – Errichtung von Interimsstandorten für  
Schulen im Bezirk Pankow / Titel 73010 – Neubau  
eines Bildungs- und Integrationszentrums Buch  
Antrag auf Zustimmung zur Abweichung von  
Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 5 S. 2 LHO, zur  
Mittelumwidmung und zur ausnahmsweisen  
Zustimmung einer Kofinanzierung trotz nicht  
gegebener Abgrenzbarkeit der Verwendung von  
Kernhaushalts- und SIWA-Mitteln (vgl. § 2 Abs. 2  
Satz 2 SIWA ErrichtungsG)**

**Dr. Kristin Brinker** (AfD) fragt, ob es bereits häufiger vorgekommen sei, dass eine Kofinanzierung zugelassen werde, obwohl eine Abgrenzbarkeit zu Kernhaushalts- und SIWA-Mitteln nicht gegeben sei, oder handele es sich in diesem Fall um eine absolute Ausnahme.

**Staatssekretärin Jana Borkamp** (SenFin) antwortet, es handele sich zwar nicht um den ersten Fall, aber derartige Ausnahmen seien nicht sehr häufig vorgekommen; sie vermute, drei- oder viermal.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0872 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben BA Tempelhof-Schöneberg – Grün C 5 –  
**Sanierung des Heinrich-von-Kleist-Park im Bereich  
des Gartendenkmals; 10781; Potsdamer Straße**  
**Antrag zur Aufhebung einer Sperre**  
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2022/2023 in Verbindung  
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 9 und A. 15 –  
Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/2023

[0864](#)  
Haupt

hierzu:

Schreiben BA Tempelhof-Schöneberg vom 21.02.2023  
**Bitte um Aufnahme der roten Nummer 0864 auf die  
Tagesordnung der 32. Sitzung am 1. März 2023**

[0864-1](#)  
Haupt

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE)** bittet darum, dass ein Folgebericht vorgelegt werde, in dem eine Begründung für die Gewährung von Landesmitteln enthalten sein möge, der Titel benannt werde, aus dem die Mittel für die Mosaiksteinpflasterung entnommen würden, sowie eine Einordnung, wie sich diese Gewährung von Landesmitteln im Verhältnis zu ähnlichen Projekten darstelle. Gebe es hierfür ein Standardprozedere? Welche weiteren bezirklichen Projekte hätten aus dem Titel ebenfalls Mittel erhalten?

Die fiktive Baukostenrechnung liege mit einem Volumen von 3,2 Mio. Euro höher als die zu finanzierenden 2,8 Mio. Euro. Demnach sei absehbar, dass die Baukosten anstiegen, weshalb sie wissen wolle, ob es bereits jetzt einen Finanzierungsvorschlag für die Differenz gebe und wie der Zeitablauf aussehen solle.

**Bezirksstadtrat Oliver Schworck** (BA Tempelhof-Schöneberg; Abtl. Jugend und Gesundheit) trägt vor, wenn die Maßnahme so wie ursprünglich vorgesehen umgesetzt würde, käme es zu einer Kostensteigerung auf 3,2 Mio. Euro. Daraufhin sei die Notwendigkeit der Teilmaßnahmen überprüft und im Ergebnis eine Kostensenkung auf 2,867 Mio. Euro erreicht worden. Diese Kostensteigerung könne durch Eigen- und Drittmittel finanziert werden. – Darüber hinaus sei eine fiktive Baukostenindexsteigerung erstellt worden, weil derzeit Baukosten überall stiegen. Aktuelle Ausschreibungen hätten allerdings ergeben, dass die Kostensteigerungen nicht so hoch ausfielen, wie in der fiktiven Berechnung unterstellt. Auch diese eventuell auftretenden Kostensteigerungen wolle das Bezirksamt aus eigenen Mitteln kompensieren, weil es das Projekt unbedingt umsetzen wolle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0864 wie beantragt zu und nimmt den Bericht sowie das Schreiben rote Nr. 0864-1 zur Kenntnis.

#### Punkt 2 A der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – BzStR – vom 21.02.2023

**Anna-Lindh-Grundschule**

**1. Zustimmung zur Anmietung von Außenflächen (Freizeit-, Erholungs- und Sportflächen) für die ausgelagerte 01G42 Anna-Lindh-Grundschule, Ausweichstandort Saatwinkler Damm 42-43 bis 2031**

**2. Kenntnisnahme von der Absicht der Senatsverwaltung für Finanzen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2023 für die Jahre 2024 – 2031 zuzustimmen**

**3. Kenntnisnahme vom Zwischenbericht zur 01G42 – Anna-Lindh-Grundschule – bauliche Maßnahmen**

**4. Kenntnisnahme vom Bericht zu offenen Handwerkerrechnungen im Haushaltsjahr 2022 gemäß Auflage A. 1 und A. 2 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 und Berichtsaufträge aus der 28. Sitzung vom 23.11.2023)**

[0529 D](#)

Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0529 D ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz – 07**

### Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenUMVK – III C 1-1 – vom 13.02.2023

[0869](#)

**Zuwendung an die Grün Berlin GmbH für die Herrichtung und Entwicklung des Spreeparks (Treptow-Köpenick)**

Haupt

**Antrag zur Aufhebung einer Sperre**

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2022/2023 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 15 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/2023

hierzu:

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen und der Fraktion Die Linke

[0869 A](#)

**Maßgabebeschluss zur roten Nummer 0869 A**

Haupt

(als Tischvorlage verteilt)

**Christian Goiny** (CDU) wirft die Frage auf, wie die Planungen hinsichtlich der Erhebung eines Eintrittsgeldes und der Zugänglichkeit, aufgegliedert nach den einzelnen Bereichen, aussähen. Sollten davon auch mögliche gastronomische und kulturelle Angebote erfasst werden? Er bitte um einen Bericht in vier Wochen.

**Vorsitzende Franziska Becker** bittet darum, die Verwaltung möge eine Aussage treffen, zu wann der erbetene Bericht vorgelegt werden könne. Sie schlage als Berichtstermin die erste Sitzung nach den Osterferien vor.

**Elke Breitenbach** (LINKE) stellt darauf ab, dass es zu Mehrkosten aufgrund einer Lärchenbrettverschalung komme. Handele es sich dabei um eine Bedarfsänderung im Sinne von § 24 Abs. 5 LHO? Weshalb benötige die Grün Berlin GmbH nunmehr Projektmanagementkosten? Weshalb sei dies zuvor nicht bekannt gewesen? Weshalb sei auf eine Vorsorge für die zu erwartende Indexsteigerung in der geprüften BPU verzichtet worden? – Wenn die Fragen heute nicht beantwortet werden könnten, sei sie mit einer Aufnahme der Antworten in den bereits erbetenen Bericht einverstanden, schlage als Berichtszeitraum allerdings zwei Wochen vor.

**Staatssekretärin Dr. Silke Karcher** (SenUMVK) erläutert, die Entscheidungen zur Erhebung eines Eintrittsgeldes seien noch nicht gefallen. Sie sage aber einen Bericht zum Sachstand zu. – Die Einzelfragen könne sie ad hoc nicht beantworten, deren Beantwortung werde ebenfalls per Bericht erfolgen. – Die Kostensteigerungen gingen insbesondere auf solche beim Holz zurück. Zudem sei die Bauplanungsunterlage hochgeprüft worden. – Sie bitte darum, den Bericht frühestens in vier Wochen vorlegen zu dürfen, der Berichtstermin erste Sitzung nach den Osterferien käme der Verwaltung allerdings mehr entgegen.

**Vorsitzende Franziska Becker** hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 19. April 2023 vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 0869 unter Einbeziehung des Maßgabebeschlusses, der wie folgt laute:

Für den Fall, dass der Spreepark eine eintrittspflichtige Parkanlage sein wird, ist die Grün Berlin GmbH voll vorsteuerabzugsberechtigt und erhält die Zuwendung als Nettobetrag. Anderenfalls wird der entsprechende Bruttobetrag fällig.

wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09**

### Punkt 4 der Tagesordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/0867 [0866](#)  
Haupt

**Drittes Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise im Bereich des Hochschulrechts**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [0866 A](#)  
Haupt

**Antonin Brousek** (AfD) fragt, welche Folgen der Covid-19-Pandemie im Wintersemester 2022/2023 noch andauerten. Darüber hinaus interessiere ihn, weshalb bei einer Prüfung, die in einem Raum, dessen Temperatur auf 19 Grad C abgesenkt sei, erbracht werde, ein Durchfallen bei einer Prüfung nicht als solches gewertet werden solle. Der Verweis auf die Temperatur überzeuge ihn nicht.

**Staatssekretär Dr. Thomas Götz** (SenWGPG) erwidert, derzeit befinde man sich in einer Polykrise. Gerade bei jüngeren Menschen, wozu er die Studierenden rechne, gingen damit enorme psychosoziale Belastungen einher. Die Evidenz mehre sich, dass diese Belastungen bis zu Erkrankungen führten. Dies bedeute, dass es zu langen Nachwirkungen komme, auch wenn die Pandemie deutlich abgeflacht sei. Hinzu träten aufgrund der Energiekrise Belastungen im finanziellen Bereich. Corona habe dazu geführt, dass Präsenzveranstaltungen nicht hätten stattfinden können, was wiederum zu Belastungen geführt habe. – In diesem Gesamtzusammenhang würden die abgesenkten Raumtemperaturen als zusätzliche Belastung empfunden. Deshalb müssten Maßnahmen zur Erleichterung ergriffen werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mehrheitlich zu. Sodann empfiehlt er dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 19/0867 – möge mit folgenden Änderungen angenommen werden:

Artikel 1 (Änderung des Berliner Hochschulgesetzes) wird wie folgt geändert:

Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. In § 126d werden das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und vor dem Wort „nicht“ die Wörter „und das Wintersemester 2022/2023“ eingefügt.“

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/0866	<a href="#">0868</a> Haupt
---	-------------------------------

**Schutz von Studierenden vor Benachteiligung bei  
hochschulischen Prüfungen**

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Antrag – Drucksache 19/0866 – möge angenommen werden.

**Christian Hochgrebe** (SPD) erklärt, anlässlich seiner mutmaßlich letzten Sitzung in diesem Ausschuss wolle er sich bei den Kolleginnen und Kollegen für die gute, kollegiale Zusammenarbeit bedanken, da er mit der Neukonstituierung des Abgeordnetenhauses dieses verlassen müsse. Den Dank beziehe er auch ausdrücklich auf das Ausschussbüro.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

**Vorsitzende Franziska Becker** verweist darauf, dass die Sitzung am 15. März 2023 voraussichtlich nicht stattfinden werde.

**Torsten Schneider** (SPD) erklärt, es könne nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass die Sitzung entfalle, weil momentan im politische Raum über die Zukunft der derzeitigen Bezirksämter diskutiert werde. Es liege diesbezüglich ein Gesetzesantrag der Fraktion der CDU vor, der in den Rechts- sowie Hauptausschuss überwiesen worden sei. Womöglich müsse das Thema aber entschieden werden, bevor sich der Rechtsausschuss neu konstituiere, sodass es doch zu einer Ausschusssitzung am 15. März kommen könnte.